

Editorial

Die Konjunkturlokomotive beschleunigt

Zweifellos war die Lage der österreichischen Wirtschaft im Jahre 1993 durch die internationale Wachstumsschwäche geprägt. In Europa stagnierte das Wirtschaftswachstum ebenso wie in Japan, und von den westlichen Industriestaaten konnten nur die USA eine nennenswerte Steigerung des realen BIP verzeichnen. Es ist – auch wenn dies schon fast eine Binsenweisheit ist – evident, daß sich ein kleines, außenhandelsabhängiges Land wie Österreich einer solchen Entwicklung nicht entziehen konnte. Während es im Verlauf des Jahres 1993 immer mehr Verbreitung fand, von der heftigsten und tiefsten Rezession der Nachkriegszeit zu sprechen, zeigen die nun vorliegenden, vorläufigen Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ein wesentlich weniger dramatisches Bild: Der Rückgang des realen BIP belief sich bloß auf einen viertel Prozentpunkt, nachdem im vergangenen Herbst noch mit einer Schrumpfung um bis zu einem Prozent gerechnet wurde.

Damit lag die Änderungsrate des österreichischen BIP in diesem Jahr zwar nicht über der OECD-Europas, doch sollte man sich durch die Betrachtung eines einzelnen Jahreswertes nicht irreleiten lassen. Von 1988 bis 1992 lag das Wachstum der österreichischen Wirtschaft teils deutlich über dem Durchschnitt Westeuropas, wo die Wachstumsschwäche schon früher eintrat und sich länger hinzog. Ein Blick auf die Quartalsdaten zeigt, daß in Österreich im vierten Quartal 1992 ein deutlicher Einbruch stattfand, der sich in den beiden nachfolgenden Quartalen fortsetzte. Doch schon im dritten Quartal 1993 verzeichnete die Industrieproduktion eine spürbare Belebung.

Daß die internationale Rezession – ebenso wie schon in den Jahren 1975 und 1981 – in Österreich somit weniger heftig als in vielen vergleichbaren Ländern ausfiel und auch rascher bewältigt werden konnte, ist umso erstaunlicher, da die österreichische Wirtschaft neben der internationalen Nachfrageschwäche in besonderem Maße drei weitere, die Lage verschärfende Effekte zu verkraften hatte: die massive Abwertung einiger europäischer Währungen, den aufgrund der engen wirtschaftlichen Verflechtung befürchteten Negativsog der deutschen Wirtschaftsentwicklung sowie die Diskriminie-

rung von Exporten in die EU durch deren Freihandelsverträge mit den Oststaaten und mangelnde Kumulierungsregeln.

Naturgemäß schlug sich die internationale Wirtschaftskrise vor allem in der heimischen Exportwirtschaft, im Fremdenverkehr und in der Investitionsbereitschaft der Unternehmen, die auch durch das Abwarten einer Entscheidung bezüglich eines EU-Beitritts gedämpft wurde, nieder. Im Gegensatz zu anderen umliegenden Ländern gelang es in Österreich aber, die Inlandsnachfrage zu stabilisieren, wozu die Entwicklung am Arbeitsmarkt wesentlich beitrug. In den beiden Jahren 1992 und 1993 schrumpfte die Beschäftigung in OECD-Europa um über fünf Millionen, während Österreich 1992 noch einen Zuwachs und 1993 ein Stagnieren der Zahl der unselbstständig Beschäftigten verzeichnete. 1994 rechnet man erneut mit einem – wenn auch bescheidenen – Zuwachs, wogegen in Westeuropa heuer wieder ca. ein Prozent der Beschäftigten ihren Job verlieren dürften. Daneben machte sich die Bereitschaft der Regierung, die automatischen Stabilisatoren wirken zu lassen und dadurch ein höheres Budgetdefizit hinzunehmen, positiv bemerkbar. Auch öffentliche Aufträge sowie Wohnbauprogramme der Länder, die die Bauwirtschaft stützten, halfen mit, das Vertrauen der Konsumenten zu stabilisieren. Die zweiprozentige Steigerung der realen Netto-Maseneinkommen und die relativ gute Beschäftigungslage konnten tatsächlich das Vertrauen der Verbraucher soweit steigern, daß diese bereit waren, auch über eine Senkung der Sparquote ihre Konsumausgaben auszuweiten.

Diese Bilanz der Krisenbewältigung hat natürlich auch ihre negativen Seiten. Dazu zählt vor allem die Ausweitung des Budgetdefizits, was ein Abweichen vom Konsolidierungsziel bedeutet und – bei Weiterverfolgung dieses Zieles – die Spielräume eng erscheinen läßt. Dazu zählt aber auch das wesentlich durch einen Angebotszuwachs bedingte Ansteigen der Arbeitslosenrate, die zwar in den 24 OECD-Ländern nur von Japan, der Schweiz und Luxemburg unterboten wird, die aber dennoch für die gewohnten österreichischen Standards, insbesondere aus Sicht der Gewerkschaften, unbefriedigend hoch liegt – einmal ganz abgesehen von strukturellen Veränderungen innerhalb der Arbeitslosigkeit, denen auch bei konstant bleibender Zahl Augenmerk geschenkt werden muß.

Die internationale Konjunktur bleibt gespalten

Um diese Probleme nachhaltig zu bekämpfen, ist Österreich auf ein Anspringen der internationalen Konjunktur und somit eine Rückkehr zu höheren Wachstumsraten angewiesen. Die

Aussichten dafür haben sich in den letzten Wochen und Monaten deutlich verbessert. Sowohl nationale (WIFO, IHS) als auch internationale Konjunkturprognosen (OECD, EU, IMF, . . .) wurden in jüngster Vergangenheit deutlich aufwärtsrevidiert, und eine allgemeine Verbesserung der Stimmung und der Erwartungen hat um sich gegriffen. Allerdings hat sich diese Stimmungsänderung in Kontinentaleuropa noch nicht unmittelbar in realen Ergebnissen niedergeschlagen.

Die Ursache dafür liegt in der schon seit längerem bestehenden Spaltung der Konjunktur im OECD-Raum. In den USA hat sich der deutliche Aufschwung – ebenso wie in Australien und Neuseeland – gefestigt, und in Kanada, Großbritannien und Skandinavien haben die Aufschwungstendenzen an Kraft gewonnen. Gerade für diese Länder konnten auch die Wachstumsprognosen hinaufrevidiert werden, die Lage am Arbeitsmarkt verbessert sich dort langsam.

Demgegenüber war im Frühjahr in Japan sowie in Mittel- und Südeuropa noch keine wesentliche Belebung der wirtschaftlichen Dynamik beobachtbar. In Europa macht sich, speziell in den Unternehmen, nach einer Periode der Umstrukturierung zur Verbesserung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit, des Lagerabbaus und bei kräftig gesunkenen Zinssätzen jedoch ein Optimismus darüber breit, daß über die steigende Nachfrage in den bereits im Aufschwung befindlichen Ländern die Exporte eine deutliche Belebung erfahren. Wenn auch die Ankoppelung Europas an die Konjunkturlokomotive USA nicht mehr in solch unmittelbarer Art und Weise funktioniert, wie etwa noch bis in die achtziger Jahre, so sollte sich dennoch die Tatsache bemerkbar machen, daß sich – gemessen am Beitrag zum gesamten OECD-BIP – ziemlich genau die Hälfte dieser Länder bereits in einem spürbaren Aufschwung befinden.

Tatsächlich schrumpfte der Intra-OECD-Handel 1993 um gut ein Prozent, und das Wachstum des Welthandels verlangsamte sich auf drei Prozent. Die OECD geht diesbezüglich von einer kräftigen Belebung aus, wobei sich zusätzlich das robuste Wachstum der Nicht-OECD-Welt positiv bemerkbar machen sollte. Die Auswirkungen auf die Zahlungsbilanz einzelner Länder wird deutlich deren Position im Konjunkturzyklus widerspiegeln. In den USA ist aufgrund der starken Binnennachfrage und des schwachen Wachstums der Exportmärkte eine dramatische Verschlechterung der Zahlungsbilanz zu erwarten. In Europa dagegen lassen die Verbesserung der relativen Wettbewerbsposition durch Wechselkursänderungen (sowohl was einzelne Länder betrifft als auch OECD-Europas insgesamt gegenüber anderen Währungsblöcken) sowie günstige Lohn- und Preisentwicklung gemeinsam mit ei-

ner nach wie vor schwachen Binnennachfrage ein kräftiges Wachstum der Nettoexporte erwarten.

Die Kehrseite dieser schwachen Binnennachfrage besteht allerdings darin, daß dadurch Zweifel daran berechtigt sind, ob eine Belebung, die alleine von den Exporten getragen wird, für einen dauerhaften Aufschwung ausreicht. Zwar ist von den gesunkenen Zinssätzen eine gewisse Stimulierung der Ausgabenbereitschaft der Haushalte zu erwarten, da Verschuldungsprobleme gemildert werden und Sparen als Alternative an Attraktivität verliert. Dennoch ist davon auszugehen, daß die schwache Entwicklung der Realeinkommen und die triste Arbeitsmarktlage in vielen Ländern weiterhin den privaten Konsum von neuen Höhenflügen abhalten.

Insbesondere in unserem Haupthandelspartnerland Deutschland, wo die Arbeitslosenrate weiter – heuer auf über 10 Prozent – ansteigt und die Kosten der Wiedervereinigung noch lange nicht verkraftet sind, kann nicht ganz ausgeschlossen werden, daß die private Konsumnachfrage die Gesamtnachfrage weiterhin dämpft. Ab Beginn nächsten Jahres ist dort noch dazu die Einführung eines Zuschlages zur Einkommensteuer vorgesehen, was eine weitere Verringerung der Massenkaufkraft erwarten läßt. Eine exportinduzierte Konjunkturbelebung in Deutschland müßte daher äußerst kräftig ausfallen, um die Zuversicht der Haushalte soweit zu verbessern und allgemeinen Optimismus zu verbreiten, sodaß diese Kaufkraftdämpfung verkraftet werden kann, ohne die Gesamtnachfrage zu sehr zu beeinflussen.

In Deutschland dürfte man, wie die jüngsten Prognoserevisionen der Mehrzahl der deutschen Konjunkturforscher zeigen, davon ausgehen, daß dies bewältigbar erscheint. Man stützt sich dabei sowohl auf vorauseilende Indikatoren, als auch auf positiv geänderte Ausgangsbedingungen. Der Tiefpunkt der Rezession dürfte im ersten Quartal 1993 gelegen sein, und der durch Abgabenerhöhungen zu Jahresbeginn vielfach befürchtete erneute Einbruch des bescheidenen Aufschwunges im ersten Quartal 1994 blieb aus. Die vorauseilenden Indikatoren, insbesondere für den industriell-gewerblichen Sektor zeigten im Frühjahr die deutlichste Stimmungsbesserung seit 1982. Zu den verbesserten Ausgangsbedingungen zählen die Konsolidierung der weltweiten Nachfrage, die Stabilisierung des DM-Kurses, Kostensenkungen in der Industrie, gesunkene Zinssätze und das Ende der starken Preisauftriebstendenz. Durch die Konsolidierungsbemühungen auf Landes- und Gemeindeebene, aber auch durch Beitragserhöhungen der Sozialversicherung und den Gewinn der Deutschen Bundesbank fiel die Neuverschuldung des gesamten öffentlichen Sektors günstiger aus als erwartet.

Bei einer halben Million zusätzlicher Arbeitsloser in den letzten zwölf Monaten und bei auch 1994 anhaltenden realen Einkommensverlusten werden Beschäftigung und privater Konsum wohl erst mit einiger Verzögerung auf eine Produktionsbelebung reagieren. Hier wird die Verbesserung der Konjunktur kaum vor 1995 spürbar werden, die deutliche Verlangsamung des Preisauftriebes könnte sich dabei positiv auswirken.

Relativ günstige Ausgangslage für Österreich

Trotz der engen Verflechtung mit der deutschen Wirtschaft stehen die Zeichen für die österreichische Konjunkturerwicklung erheblich günstiger. Während in Deutschland wie auch im übrigen OECD-Europa schon 1993 nur die Auslandsnachfrage bei rückläufiger Inlandsnachfrage eine stärkere Rezession verhinderte, so verhielt es sich in Österreich gerade umgekehrt. Wie bereits eingangs erwähnt, war im Vorjahr die Inlandsnachfrage die Stütze der Konjunktur. Auch heuer, wenn sich die Exporttätigkeit wieder belebt, werden der leichte Anstieg der Beschäftigung und die durch die jüngste Etappe der Steuerreform erneut verbesserten realen Mas-seneinkommen eine Nachfrageausweitung bewirken.

Dazu ist auch mit einer vom Ausland ausgehenden Konjunkturbelebung zu rechnen. Die schon im Vorjahr dynamischen Exporte nach Übersee und Osteuropa werden durch die weiterhin positive Wirtschaftsentwicklung in diesen Regionen für Nachfrage sorgen, und in Westeuropa zeichnet sich zumindest eine bescheidene Nachfragesteigerung ab. Dabei werden die österreichischen Exporte nach Deutschland im Falle einer möglichen andauernden Schwäche der dortigen Binnennachfrage nicht allzusehr in Mitleidenschaft gezogen, da sie zum Großteil Zulieferungen für diejenigen Teile der deutschen Industrie darstellen, die eine Belebung ihrer Exporte erwarten.

Das Auslaufen der Effekte der Währungsabwertungen einiger Länder, die im Vorjahr die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Exporte beeinträchtigten, sollte unsere Stellung auf den internationalen Märkten ebenfalls stärken. Dazu rechnet das WIFO damit, daß sich heuer die relativen Arbeitskosten in Österreich gegenüber dem gewichteten Durchschnitt der Handelspartner wieder verbessern. Eine vor kurzem veröffentlichte Studie des Beirats für Wirtschafts- und Sozialfragen bestätigt, daß die Lohnneben- bzw. Arbeitskosten keinen negativen Einfluß auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Industrie ausüben.

International dürften die Strukturanpassungen zur Steigerung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit schon weit gediehen sein, wie nicht zuletzt die dramatisch angewachsenen Zahlen der Arbeitslosigkeit zeigen. Gegen Jahresende erwartet man den Höhepunkt mit OECD-weit knapp 36 Millionen und in OECD-Europa ca. 23 Millionen Arbeitslosen. Mit einem beachtlichen time-lag hat sich auch in internationalen Organisationen und konservativen Ökonomenkreisen langsam das Bewußtsein verbreitet, daß nicht unbedingt alle dieser 36 Millionen Menschen mitsamt ihren Familienangehörigen freiwillig arbeitslos sind, um großzügige Sozialleistungen auszunutzen und ein selbstbestimmtes Leben zu genießen, sondern daß damit nicht nur millionenweise persönliche Tragödien entstehen, sondern auch ein enormes Potential für wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Probleme entstanden ist, das nach raschen Gegenmaßnahmen ruft.

Daß die dabei vielfach geforderten Maßnahmen zur Dezentralisierung, Deregulierung und Flexibilisierung nicht unbedingt den Stein der Weisen darstellen, zeigt einerseits das Beispiel Großbritannien, wo sich trotz vieler Bemühungen in diese Richtung die Arbeitsmarktlage längerfristig nicht verbesserte. Die Arbeitslosenrate verdoppelte sich zwischen 1990 und 1993 fast (auf ca. 10 Prozent) und lag nach Ende der Rezession nicht merklich unter der Mitte der achtziger Jahre registrierten. Andererseits ist dies durch die Entwicklung in Österreich belegbar, wo die auf gesamtwirtschaftliche Gegebenheiten achtende, koordinierte Lohn- und Einkommenspolitik der Sozialpartner ein wesentlicher Faktor dafür war, daß die internationale Konjunkturschwäche abgefedert werden konnte. Diese Politik machte es möglich, daß unter konsequenter Beibehaltung der Hartwährungspolitik die Realeinkommen und die Beschäftigung ausgeweitet werden konnten, ohne die preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu beeinträchtigen. Unter diesen Voraussetzungen ist der österreichischen Wirtschaft nach der kurzen Verschnaufpause im Vorjahr wieder der Sprung zurück auf die Überholspur, auf der sie sich die Jahre davor befand, heuer zuzutrauen, indem die Wirtschaftswachstumsraten von Deutschland und OECD-Europa übertroffen werden.

Die Fragezeichen: europäische Nachfrage und Zinsentwicklung

Natürlich lauern auch Unsicherheiten und Risiken hinter diesem Szenario. Eine wesentliche Unsicherheit wird wenige Tage vor Erscheinen dieses Beitrages schon beseitigt sein, nämlich durch den Ausgang der Volksabstimmung über den

Beitritt Österreichs zur Europäischen Union. Damit wurden die Weichen dafür gestellt, ob Österreich für Investoren und Produzenten in Zukunft ein interessanter Standort ist, oder ein europäischer Außenseiter.

Eine notwendige, wenn auch nicht hinreichende Bedingung für einen spürbaren Aufschwung der österreichischen Wirtschaft ist eine internationale Nachfragebelebung, insbesondere in Westeuropa. Nur wenn in unseren wichtigsten Handelspartnerländern eine spürbare konjunkturelle Besserung eintritt, wird Österreich wieder Wirtschaftswachstumsraten erzielen können, die es ermöglichen, die Arbeitslosenrate zu senken. Aufgrund des nach wie vor steigenden Angebots am Arbeitsmarkt werden auch zukünftig zumindest reale BIP-Wachstumsraten von um zwei Prozent erforderlich sein, um die Arbeitslosenrate – wenn auch möglicherweise bei steigender Beschäftigung – zu stabilisieren. Eine Verzögerung dieser Nachfragebelebung in Westeuropa, aus welchen Gründen auch immer, die die recht optimistischen Erwartungen der Unternehmen enttäuscht und die ohnedies noch eher skeptischen Erwartungen der Verbraucher weiter einbremst, könnte die Hoffnungen auf eine schon heuer einsetzende nachhaltige Verbesserung der österreichischen Konjunktur vereiteln.

Eine Schlüsselgröße dafür könnte die internationale Zinsentwicklung sein. Die fundamentalen Größen sprechen zumindest in Westeuropa für weitere Zinssenkungsschritte, aber auch in den USA scheint trotz des robusten Aufschwunges der Preisaufrtrieb unter Kontrolle zu sein. Das große Fragezeichen dabei ist, ob dies auch von den internationalen Finanzmärkten so aufgefaßt wird, und ob diese bereit sind, die relative Position einzelner Ländergruppen im Konjunkturzyklus zu berücksichtigen. Hypersensible Reaktionen könnten aus den unterschiedlichsten Gründen ausgelöst werden. Die Verstärkung realwirtschaftlicher Aktivitäten könnte Inflationserwartungen auslösen oder die bisher erfolgten Zinskorrekturen nach unten als überzogen erscheinen lassen, und in Ländern mit derzeit noch kaum spürbaren Wachstumsimpulsen könnte eine als noch unzureichend erachtete Konsolidierung der öffentlichen Haushalte einen Aufwärtsdruck auf die Zinssätze bewirken. Wenn dies auch – im nicht wahrscheinlichsten aller Fälle – bei einer Inflationsbeschleunigung in den USA dort einen Schritt in Richtung „sustainability“ der Wachstumsentwicklung bedeuten könnte, so würde ein Überschwappen auf diejenigen Länder, die sich erst am Beginn des Aufschwunges befinden, eine enorme Beeinträchtigung der wirtschaftlichen Erholung bedeuten.

Wohlgermerkt, diese Szenarien stellen nur denkbare Alternativen, also Risiken zu der von internationalen und nationa-

len Prognostikern als am wahrscheinlichsten erachteten Entwicklung dar. Dabei darf nicht vergessen werden, daß die Prognosen allgemein nach oben revidiert, die Stimmung optimistischer und die abwärtsgerichteten Risiken in den letzten Monaten verringert wurden. Ebenso existieren daneben auch upward-risks, die dazu führen können, daß sich diese Vorhersagen als zu pessimistisch erweisen. Die lange Zeit der unerfüllten Erwartung eines internationalen Aufschwungs, die seit dem Ende des Golfkrieges Quartal für Quartal hinausgeschoben werden mußte, hat vielleicht auch dazu geführt, daß den endogenen Kräften nicht mehr ausreichendes Vertrauen entgegengebracht wird, daß man sich zu sehr daran gewöhnte, eine nachhaltigere Stärkung der wirtschaftlichen Aktivitäten als Utopie abzutun.

Unterstellt man zumindest eine Ausgewogenheit zwischen den aufwärts- und abwärtsgerichteten Risiken, so sind die Voraussetzungen für eine Konjunkturbelebung sicher nicht euphorisch, aber deutlich günstiger zu beurteilen als noch vor einigen Monaten. Wachstumsraten in einem Ausmaß, die eine lockere Bewältigung aller Probleme gewährleisten, sind in nächster Zukunft nicht absehbar. Doch sollen die nicht unberechtigten Hoffnungen auf einen, wenn auch im historischen Vergleich bescheidenen, Konjunkturaufschwung nicht den Blick auf wesentlichere Fragen verstellen. Der momentane Konjunkturzyklus wird – vielleicht noch stärker als vorhergehende – von strukturellen Veränderungen überlagert. Die Sicherung des erreichten Wohlstandes, der sozialen Standards in unserem Land ist mittel- und langfristig nicht von konjunkturellen Gegebenheiten abhängig, sondern davon, wie weit gelingt, in der sich rascher denn je verändernden internationalen Arbeitsteilung die notwendige Umstrukturierung zu bewältigen, die Position auszubauen, die die dafür notwendige ökonomische Basis gewährleistet. Ein paar Zehntelprozentpunkte mehr an Wirtschaftswachstum durch einen internationalen Konjunkturaufschwung mögen dabei eine willkommene Erleichterung sein, das größte Potential dafür liegt jedoch in der offensiven Nutzung der Chancen, die sich durch die Internationalisierung der österreichischen Wirtschaft, sowohl nach Westen als auch nach Osten, ergeben.